

Der Hl. Stuhl und der Vertrag von Versailles

Stefan Samerski

1. Die Ausgangssituation

Das Ende des Ersten Weltkriegs stürzte Deutschland in eine schwere Krise. Militärischer Mißerfolg, Kapitulation und Besetzung belasteten die deutsche Innenpolitik ebenso wie die Abdankung des Kaisers und die Novemberrevolution. Dem Zusammenbruch des gesellschaftlichen und politischen Systems der Nation entsprach die internationale Isolierung und Verfemung Deutschlands, die in den Friedensbedingungen von Versailles deutlich zum Ausdruck kamen.¹ Kriegsbedingte Maßnahmen, Besetzung und wirtschaftliche Knebelung legten der deutschen Außenpolitik weitere Beschränkungen auf. Unter solch widrigen Umständen konnte das Deutsche Reich effiziente politische Kooperation nur unter den neutralen Mächten finden, zu deren bedeutenstem Vertreter der Hl. Stuhl avancierte.² Die Römische Kurie hatte sich nämlich in den Kriegsjahren aufgrund ihrer Unparteilichkeit, Friedensinitiativen und zahlreichen caritativen Bemühungen, die allerdings erst in den ersten Nachkriegsjahren allgemeine Anerkennung fanden, weltweites außenpolitisches Prestige erworben.³

Auch in der überwiegend protestantisch geprägten politischen Führungsschicht Deutschlands regte sich seit 1917 zunehmendes Interesse an vatikanischen Kontakten. Bereits in der ersten Jahreshälfte 1917 tauchten

¹ Vgl. P. Krüger, Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung, München 1986, S. 10.

² Vgl. D. Golombek, Die politische Vorgeschichte des Preußenkonkordats (1929) (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 4), Mainz 1970, S. XXIII–XXIV; St. A. Stehlin, Weimar and the Vatican 1919–1933. German-vatican diplomatic relations in the Interwar Years, Princeton/New Jersey 1983, S. 3. Grupp gibt zwar an, daß sich Deutschland auf die Gruppe der Neutralen konzentrierte, erwähnt darunter aber den Hl. Stuhl nicht: P. Grupp, Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles 1918–1920. Zur Politik des Auswärtigen Amts vom Ende des Ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrags, Paderborn 1988, S. 173.

³ Vgl. Stehlin (Anm. 2), S. 21; G. Schreiber, Deutsche Kirchenpolitik nach dem ersten Weltkrieg. Gestalten und Geschehnisse der Novemberrevolution 1918 und der Weimarer Republik, in: Historisches Jahrbuch 70 (1950), S. 296–333, bes. 309.

auf deutscher Seite Pläne zur Errichtung einer permanenten Nuntiatur in Berlin auf, die jedoch an formellen Hindernissen und dem Widerstand Bayerns scheiterten.⁴ Dieser Wendepunkt im deutsch-vatikanischen Verhältnis hatte seine tiefere Ursache im Schreiben Deutschlands und seiner Verbündeten vom 12. Dezember 1916, welches ihre Verhandlungsbereitschaft über einen dauerhaften Frieden und die Mitwirkung des Hl. Stuhls signalisierte. Daraufhin erließ Benedikt XV. (1914–1922) die Friedensnote vom 1. August 1917, ohne dabei seine Unparteilichkeit aufzugeben.⁵ Gerade aber diese Haltung verursachte das Scheitern seiner Initiative, da beide kriegführenden Seiten erwarteten, daß die päpstliche Botschaft den jeweiligen Gegner verurteilte.⁶ Seit dem Besuch des neuen bayerischen Nuntius in Berlin im Juni 1917 konnte das Deutsche Reich zumindest aber davon ausgehen, daß die Kurie grundsätzlich zur Vermittlung gegenüber den Alliierten bereit war.⁷ Aber erst gegen Ende des Krieges entwickelte sich in führenden politischen Kreisen Deutschlands größeres Verständnis und Wertschätzung für die Haltung der Kurie. Der neue Nuntius in München und vatikanische Deutschlandexperte Eugenio Pacelli (1917–1925) stellte der deutschen Vatikanpolitik Anfang April 1918 spontan ein sehr positives Zeugnis aus: „Wir verlangten nicht Unbilliges, nichts, was über die Grenzen der vom Papst einzuhaltenden Neutralität und Unparteilichkeit hinausging“⁸.

Obleich päpstliche Vermittlungsversuche und direkte humanitäre Hilfe während des Weltkriegs zunächst vorwiegend Kriegsgefangenen, getrennten Familien, Theologiestudenten und Zivilpersonen der Westmächte zugehen kamen, da dort der Krieg größere Schäden angerichtet hatte und von dort zahlreiche Bittschriften eingetroffen waren,⁹ galt die Sorge des Papstes seit November 1918 vor allem den Zentralmächten. Der Kölner Kardinal Felix von Hartmann (1913–1919) diente dabei als Vermittler zur Deutschen

⁴ Vgl. Stehlin (Anm. 2), S. 12–13; E. Fattorini, *Le nunziature di Pacelli fra la Grande guerra e la Repubblica di Weimar* (= *Annali dell'Istituto storico italo-germanico*, 18), Bologna 1992, S. 189–190. Die vatikanische Überlieferung zur Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zum Reich setzt Anfang Februar 1917 auf einen einschlägigen Artikel der „Germania“ ein: AA.EE.SS., *Germania* 1716. Vgl. dazu ausführlich: St. Samerski, *Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Hl. Stuhl und dem Deutschen Reich*, in: *Archivum Historiae Pontificiae* 34 (1996).

⁵ Vgl. dazu die Quellensammlung: W. Steglich, *Der Friedensappell Papst Benedikts XV. vom 1. August 1917 und die Mittelmächte*, Wiesbaden 1970. Leider jüngst dazu immer noch oberflächlich und unzureichend: K. Hildebrand, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945*, Stuttgart 1995, S. 362.

⁶ Vgl. J. Leflon, *L'action diplomatique-religieuse de Benoit XV en faveur de la paix durant la première guerre mondiale*, in: G. Rossini (Hg.), *Benedetto XV, i cattolici e la prima guerra mondiale. Atti del Convegno di Studio tenuto a Spoleto nei giorni 7–8–9 settembre 1962*, Roma 1963, S. 53–70.

⁷ Vgl. Stehlin (Anm. 2), S. 15.

⁸ PA/AA, R 9348, Bericht von Mühlbergs, 7. April 1918 (Telegramm Nr. 54).

⁹ Vgl. immer noch hierzu knapp und prägnant: R. Leiber, *Die päpstliche Kriegsfürsorge*, in: *Stimmen der Zeit* 100 (1921), S. 97–208, bes. 97–204. Materialreich, wenn auch interessiert: F. Ritter von Lama, *Papst, Kurie und Weltkrieg*, Berlin 1918, S. 51–78.

Reichsregierung.¹⁰ Zunächst setzte sich Benedikt XV. bei den Alliierten für eine Erleichterung der Waffenstillstandsbedingungen zugunsten Deutschlands ein. In den Wintermonaten kreisten seine Bemühungen dann um die Verbesserung der seelsorglichen und humanitären Situation der deutschen Kriegsgefangenen, um die Instandsetzung der Postverbindung und um die Suche nach Vermißten und Verschollenen. Nur im letzten Punkt konnte der Hl. Stuhl erhebliche Erfolge verbuchen, während die Lage der deutschen Kriegsgefangenen aufgrund der intransigenten Haltung Frankreichs noch bis Anfang 1920 nahezu unverändert blieb.

Konnte die Römische Kurie, wenn Anfragen oder Bittschriften vorlagen, auf humanitärer Ebene in zahlreichen Fällen intervenieren oder selbst tätig helfen, so waren ihr in politischer Hinsicht die Hände gebunden. In einem Geheimartikel des Londoner Abkommens vom 26. April 1915 verpflichtete Italien die Gegner Deutschlands, den Hl. Stuhl nicht zu Friedensverhandlungen zuzulassen.¹¹ Artikel 15¹² schloß den Papst zwar nur auf besonderen Antrag Italiens aus; aufgrund der noch ungelösten Römischen Frage konnte man aber mit größter Wahrscheinlichkeit damit rechnen, daß dieser gestellt würde.¹³ Nachdem der Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri (1914–1929) am 28. Juni 1915 erklärt hatte, daß der Hl. Stuhl eine zufriedenstellende Lösung der schwelenden Römischen Frage vom Gerechtigkeitsgefühl der italienischen Nation erwarte, reagierte die italienische Regierung unmittelbar nach Kriegsende durch die Berufung auf Art. 15. Man befürchtete, daß dieser interne Streitpunkt auf einer internationalen Friedenskonferenz zur Sprache kommen könnte.¹⁴ Die päpstliche Diplomatie unternahm in der folgenden Zeit keinen direkten Versuch, in Paris doch noch vertreten zu sein. Diese diplomatische Abstinenz wurde am 7. Januar

¹⁰ Für diese Aufgabe war er bestens geeignet, da er – patriotisch-königstreu und dem Papst ergeben – bei beiden Seiten großes Vertrauen erworben hatte; vgl. E. Hegel, *Das Erzbistum Köln zwischen der Restauration des 19. Jahrhunderts und der Restauration des 20. Jahrhunderts (1815–1962)* (= Geschichte des Erzbistums Köln, Bd. 5), Köln 1987, S. 299. Die Verhandlungsbereitschaft war aber wechselseitig; von Hartmann hat nicht nur im Auftrag des Hl. Stuhls mit Wilhelm II. verhandelt. Vgl. auch: N. Trippen, *Das Domkapitel und die Erzbischofswahlen in Köln 1821–1929* (= Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte, Bd. 1), Köln/Wien 1972, S. 459–463; Wilhelm II., *Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878–1918*, Leipzig/Berlin 1922, S. 175.

¹¹ Durch das von der Sowjetregierung veröffentlichte zaristische Geheimarchiv gelangte der Inhalt des Artikels in die Öffentlichkeit.

¹² Druck: *Trattati e convenzioni fra il Regno d'Italia e gli altri stati*, hg. R. Ministero degli Affari Esteri, Bd. 23, Roma 1930, S. 290. Vgl. auch dazu: R. Mosca, *La mancata revisione dell'art. 15 del Patto di Londra*, in: G. Rossini (Hg.), *Benedetto XV, i cattolici e la prima guerra mondiale*, Roma 1963, S. 401–412.

¹³ Während des Weltkrieges wurde die Römische Frage wieder akut. Die konservativen Zentralmächte setzten sich für die politische Sicherheit des Hl. Stuhls ein, um Druck auf ihre militärischen Gegner – Italien und Frankreich – auszuüben. Vgl. hierzu kurz: F. Engel-Janosi, *Papst Benedikt XV. und die Römische Frage während des ersten Weltkrieges*, in: *Chiesa e Stato nell'Ottocento. Miscellanea in onore di Pietro Pirri*, Bd. 1, Padova 1962, S. 149–166, hier: S. 152–153.

¹⁴ Vgl. H. F. Köck, *Die völkerrechtliche Stellung des Heiligen Stuhls*, Berlin 1975, S. 624.

1919 deutlich greifbar, als die Kurie anlässlich des Besuchs des US-amerikanischen Präsidenten Thomas Woodrow Wilson (1913–1921) im Vatikan jeden Versuch vermied, durch diesen auf die übrigen Alliierten Einfluß auszuüben.¹⁵ Auch vorsichtige Sondierungen um eine Aussöhnung von Papst und italienischer Regierung, die den Besuch Wilsons umrankten, wurden bald wieder eingestellt.¹⁶

Diese passiv-resignative Haltung des Hl. Stuhls wurde noch durch ein anderes außenpolitisches Moment unterstützt. Die päpstlichen Friedensinitiativen wurden durch den Kriegseintritt Italiens im Mai 1915 mehr und mehr in die Enge getrieben.¹⁷ Seine im September 1914 einsetzenden Mahnungen zu einem gerechten Frieden stießen bei der zunehmenden Kriegsbegeisterung in Italien auf Ablehnung. Die Empörung über die scheinbar zentralmachtfreundlichen Friedensinitiativen des Papstes, besonders die vom August 1917, hemmten die Bewegungsfreiheit des Hl. Stuhls zusätzlich. Neutralität und Unparteilichkeit waren nun einer noch härteren Belastungsprobe unterworfen, das Konzept einer friedlichen Streitbeilegung mit Hilfe eines internationalen Schiedsgerichts statt der Durchsetzung des Rechts des Stärkeren lief nun Gefahr, mißverstanden zu werden.¹⁸ Außerdem brachte der Kriegseintritt Italiens, den Benedikt XV. vergeblich zu verhindern suchte, den Hl. Stuhl in große diplomatische und pastorale Schwierigkeiten, da zahlreiche Botschaften und Gesandtschaften aus Rom abgezogen werden mußten.¹⁹

Ein Hinneigen des Papstes zu den Zentralmächten, insbesondere zu Deutschland, hatte daher nach dem Ende der Kampfhandlungen nicht zum wenigsten außenpolitische Gründe.²⁰ Der seit Kriegsende von der Kurie vorgetragene Wunsch, daß die in die neutrale Schweiz ausgewichenen deutschen Gesandtschaften nach Rom zurückkehren möchten, sowie die Aufnahme regulärer diplomatischer Beziehungen mit dem Deutschen Reich, beruhten auf gegenseitigem Interesse.²¹ Die Effizienz von päpstli-

¹⁵ Im Dezember 1918 setzte Gasparri große Hoffnungen auf den Besuch Wilsons. Man hoffte, daß Kardinal Mercier auf den Vorschlag Belgiens an den Friedensverhandlungen teilnehmen könnte: G. de Luca, *Il cardinale Bonaventura Cerretti* (Roma 21971), S. 202–203.

¹⁶ Vgl. insgesamt zu den Beziehungen zwischen Italien und dem Hl. Stuhl: F. Margiotta Broglio, *Italia e Santa Sede dalla Grande Guerra alla conciliazione. Aspetti politici e giuridici*, Bari 1966, S. 13–50.

¹⁷ Vgl. Engel-Janosi (Anm. 13), S. 149, 151; vgl. auch Stehlin (Anm. 2), S. 8.

¹⁸ Zur päpstlichen Friedenskonzeption vgl. die Antrittsenzyklika Benedikts XV. vom 1. November 1914: AAS 6 (1914), S. 630–646. Vgl. auch Stehlin (Anm. 2), S. 20.

¹⁹ Vgl. P. Kielmansegg, *Deutschland und der Erste Weltkrieg*, Bd. 2, Frankfurt/M. 1968, S. 531; F. della Rocca, *I Papi della Questione Romana: da Pio IX a Pio XI*, Roma 1981, S. 146–147.

²⁰ Vgl. erstmals auf vatikanischen Quellen basierend: L. Bruti Liberati, *Santa Sede e Stati Uniti negli anni della grande guerra*, in: G. Rumi (Hg.), *Benedetto XV e la pace 1918*, Brescia 1990, S. 129–150, hier: S. 146. Vgl. auch: Kielmansegg (Anm. 19), S. 521.

²¹ Stehlin [(Anm. 2), S. 3, 9, 11] weist darauf hin, daß beide Seiten sich aufgrund ihrer politisch benachteiligten Position gegenseitig stützten. Er hebt besonders die Vermittlungsfähigkeit des Hl. Stuhls hervor.

chen Friedensinitiativen hing zu diesem Zeitpunkt insbesondere von einem stabilen diplomatischen Netz ab.

2. Erste Friedensschritte

In diesen für Deutschland „sehr günstigen Dispositionen“²² des Hl. Stuhls fand die Reichsregierung fruchtbaren Boden für eine mögliche Intervention zugunsten eines Waffenstillstandes. Erkennbare Ansätze in dieser Richtung setzten bereits Mitte September 1918 ein, nachdem die im März erfolgreich eröffnete Westoffensive durch das Eingreifen der Amerikaner zunächst ins Stocken geraten war und dann im August als gescheitert angesehen werden mußte.²³ Die Beendigung des Krieges wurde nun von deutscher Seite immer erstrebenswerter, ebenso wie Friedensverhandlungen, über deren Ausgangsposition allerdings weiterhin gestritten wurde. Mitte September reiste Diego von Bergen (1872–1944), Leiter der politischen Abteilung II im Auswärtigen Amt, zu einem vertraulichen Meinungsaustausch über eventuelle Friedensgespräche zu Pacelli nach München. Dabei intendierten von Bergens Sondierungen vor allem, Bereitschaft und Umfang einer päpstlichen Intervention zugunsten eines Waffenstillstands auszuloten.²⁴ Angesichts der sich verschlechternden deutschen militärischen Lage kam zunächst der Hl. Stuhl als Vermittler zwischen den Fronten in Frage, da dieser als diplomatische Drehscheibe im Weltkonflikt Deutschland das größte Vertrauen einflößte.²⁵ Als Verhandlungsbasis schlug von Bergen den deutschen Standpunkt vom Status quo ante vor,²⁶ stieß dabei aber selbstverständlich auf den Widerspruch des gut informierten und weitblickenden Nuntius, der zumindest bei der Elsaß-Lothringen-Frage Konzessionen erwartete. Pacelli war nach dem Eingreifen der Amerikaner davon überzeugt, daß der Mythos der deutschen Unbesiegbarkeit und die These von der Fortsetzung der deutschen Kampfhandlungen auf Jahre hinaus längst einem Anachronismus gleichkamen. Bezüglich einer päpstlichen Friedensintervention sah er derzeit keinen Handlungsspielraum für den Hl. Stuhl, bat aber darum, über entsprechende Schritte der Reichsregierung informiert zu werden und erhielt dafür von Bergens Zusage, der sich in dieser Sache vertraulich beim Reichskanzler bemühen wollte.

Bergens Besuch in München läßt sich kaum als politischer Alleingang qualifizieren. Der stets gut informierte Pacelli wußte zwei Wochen später an die Kurie zu berichten, daß sich neben Matthias Erzberger (1875–1921)

²² PA/AA, R 9349, Bericht von Bergens, 8. Dezember 1919 (Telegramm Nr. 57).

²³ Vgl. Kielmansegg (Anm. 19), S. 629–646.

²⁴ Auch zum folgenden: AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 18–22, Pacelli an Gasparri, 15. September 1918.

²⁵ Ebd.: „di haver la più piena fiducia in Sua Santità, che giustamente stima il primo diplomatico del mondo, e che è l'unico Personaggio il quale possa essere mediatore di pace.“

²⁶ Dieses Friedenskonzept wurde seit Frühjahr 1917 auch auf österreichischen Druck hin von der Reichsregierung vorgetragen: vgl. Hildebrand (Anm. 5), S. 361–362. Vgl. auch: Grupp (Anm. 2), S. 52–55.

auch Protestanten in der Regierung bevorzugt an den Hl. Stuhl um Vermittlung gewandt hätten, wenn der Papst nicht durch den Londoner Vertrag gebunden wäre.²⁷

Um dem von England und Frankreich propagierten Kriegsende durch Vernichtung Deutschlands²⁸ den Wind aus den Segeln zu nehmen, operierte die neugebildete Reichsregierung unter Prinz Max von Baden (1918) mit den vierzehn Punkten Wilsons als Grundlage für ihre Verhandlungsbereitschaft und suchte am 4. Oktober um Waffenstillstand nach.²⁹ Erzberger, Staatssekretär des Zentrums ohne besonderen Geschäftsbereich, spielte die Note Pacelli zu,³⁰ die dieser mit dem Ausdruck des größten Bedauerns über die deutsche Selbstdemütigung an das päpstliche Staatssekretariat weiterleitete und bei dieser Gelegenheit durchblicken ließ, wie hinderlich er den Londoner Vertrag empfand.³¹ Diesem diplomatischen und moralischen Druck wollte sich Benedikt XV. nicht weiter entziehen. Dem außenpolitischen Kalkül Deutschlands folgend,³² wandte sich der Papst durch eine Note am 11. Oktober an Wilson, damit dieser seinen persönlichen Einfluß für einen gerechten Frieden in die alliierte Waagschale werfe.³³

Täglich veränderte sich die militärische Situation zugunsten der Alliierten, die sich nun nur noch zu einem Waffenstillstand bereitfanden, der keinerlei Verbindlichkeit für eine spätere Friedensregelung besaß. Dies kam implizit einer Aufforderung zur Kapitulation nahe. Angesichts der völligen Desillusion über die politischen und militärischen Möglichkeiten Deutschlands erörterte man im Auswärtigen Amt erneut, den Papst zu einer weiteren Intervention zu bewegen. Ein direkter Appell der Zentralmächte hätte nur schädliche Folgen gehabt. Daher mußte ein solcher Aufruf von einem Staatsoberhaupt der Alliierten kommen. Ein Vorschlag ging dahin, sich wiederum an König Albert von Belgien (1909–1934) zu wenden, den man

²⁷ AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 18–22, Pacelli an Gasparri, 6. Oktober 1918: „Eppure è indubitato che non solo il Signor Erzberger, ma bensì altri personaggi politici, anche protestanti, avrebbero volentieri invocato la mediazione di Sua Santità“.

²⁸ Vgl. Hildebrand (Anm. 5), S. 384.

²⁹ Zur ausschließlichen Orientierung an einem Wilson-Frieden vgl. K. Schwabe, *Deutsche Revolution und Wilsonfriede. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19*, Düsseldorf 1971.

³⁰ Vgl. R. Morsey, *Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923*, Düsseldorf 1966, S. 55. Morsey charakterisiert Erzberger als den unkontrollierten Außenpolitiker seiner Partei. Ein Schwerpunkt der Friedensverhandlungen Erzbergers war unzweifelhaft der Sitz des Apostolischen Nuntius in Bayern: D. Riesenberger, *Die katholische Friedensbewegung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1976, S. 21.

³¹ AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 18–22: „In questa occasione non posso nascondere a Vostra Eminenza il mio dolore“.

³² Vgl. hierzu differenziert: *Bruti Liberati* (Anm. 20), S. 129–150. Der Hl. Stuhl war seit Beginn des Krieges davon überzeugt, daß die USA in der Lage seien, den Krieg zu entscheiden. Prestige und die gleiche politische Sprache waren für die Intervention des Papstes bei Wilson ausschlaggebend. Sich an Frankreich oder England zu wenden, schien dem Hl. Stuhl auch deshalb nicht opportun, da beide Staaten das Londoner Abkommen unterzeichnet hatten: Köck (Anm. 14), S. 625–626. – Die Note Wilsons an die Reichsregierung datiert vom 8. Oktober.

³³ AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 18–22, Benedikt XV. an Wilson, 11. Oktober 1918.

für diese Intervention durch den Erzbischof von Mecheln, Kardinal Désiré Mercier (1906–1926), gewinnen wollte.³⁴ Bereits im Winter 1915/16 hatte der belgische König auf Anregung von Reichskanzler Georg Graf von Hertling (1917–1918) und Erzberger versucht, ernsthafte Friedensgespräche anzuregen, die aber von den Entente-Mächten sofort desavouiert wurden.³⁵ Konkret wurden solche Gedankenspiele schon am 28. Oktober 1918, als sich der Reichskanzler Prinz Max von Baden persönlich an den Kardinalstaatssekretär wandte, damit sich die Kurie für eine günstige Atmosphäre bei den bevorstehenden Verhandlungen einsetze.³⁶

Wenige Tage vor der Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen durch die Alliierten am 5. November rief Pacelli der Kurie nochmals die an Bedrohlichkeit zunehmende Situation in Deutschland vor Augen, als wollte er diese zu einem wie auch immer gearteten Friedensschritt bewegen; zusätzlich drohe die Gefahr des Bolschewismus.³⁷ Auch von seiten des Auswärtigen Amtes unterstützte man Pacellis Initiative. Dennoch läßt sich nicht feststellen, daß der Papst auf den Waffenstillstand, der am 11. November geschlossen wurde, erkennbaren Einfluß ausgeübt hatte. Zwar schwiegen nun die Waffen, aber die Hungerblockade ging weiter.³⁸ Schon am 9. November hatte man in Berlin die Republik ausgerufen, die vom Hl. Stuhl sofort anerkannt wurde.³⁹

Angesichts der sich verschlechternden Versorgungslage in Deutschland bat der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt den Hl. Stuhl dringend, sich für die Milderung der Waffenstillstandsbedingungen einzusetzen. Durch die Lebensmittelblockade, die innenpolitisch desolate Situation und die große Zahl von Arbeitslosen seien sozialistische Revolten zu befürchten, die dann auch tatsächlich einsetzten.⁴⁰ Diese Intervention wurde durch den Kölner Kardinal von Hartmann unterstützt, da die Rheinlande durch die Hungerblockade besonders betroffen waren. Im Dezember wies von Hartmann wiederholt auf die Notwendigkeit einer päpstlichen Intervention hin, da der Rheinschiene nun der innere und der äußere Feind – der Kardinal befürchtete die Inkorporation der Region durch Frankreich – drohe.⁴¹

³⁴ Selbstverständlich wurde der Hl. Stuhl über diese Sondierungen vertraulich informiert: AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 18–22, Pacelli an Gasparri, 17. Oktober 1918.

³⁵ Albert, dessen Land unter den Kriegseinwirkungen besonders litt, fühlte sich nicht bedingungslos an die Entente gebunden. Seine geheimen Friedensschritte wurden von England und Frankreich bloßgestellt: Kielmansegg (Anm. 19), S. 269–271.

³⁶ AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 18–22, von Baden an Gasparri (Or.), 28. Oktober 1918.

³⁷ Vgl. auch zum folgenden: AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 18–22, Pacelli an Gasparri, 2. November 1918: „... la Germania cada nel caos“. Vgl. dazu auch: Fattorini (Anm. 4), S. 164; Stehlin (Anm. 2), S. 40–41.

³⁸ Vgl. S.L. Bane (Hg.), *The blockade of Germany after the Armistice 1918–1919*, Selected documents, New York 1942.

³⁹ Vgl. Fattorini (Anm. 4), S. 164.

⁴⁰ AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 18–22, von dem Bussche an Pacelli, 15. November 1918; Pacelli an Gasparri, 18. November 1918.

⁴¹ AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 18–22, von Hartmann an Gasparri, 12. Dezember 1918.

3. Interventionen in Paris

Es schien zunächst, als habe der Hl. Stuhl die Qualität seiner Demarchen reduziert. Gasparri antwortete Ende November, daß man sich an den französischen und amerikanischen Episkopat wenden werde, außerdem an die britische Regierung.⁴² Tatsächlich nahm die Kurie im Dezember mit dem Erzbischof von Paris, Kardinal Léon-Adolphe Amette (1908–1920), und dem englischen Botschafter beim Hl. Stuhl, John de Salis (1916–1923), Kontakt auf, allerdings wegen rein humanitärer Maßnahmen wie Gefangenenseelsorge, Verbesserung der Postverbindungen u.ä.⁴³

Nachdem die Friedenskonferenz am 18. Januar 1919 in der französischen Hauptstadt eröffnet worden war, konnte sich der Hl. Stuhl ganz unauffällig mit Wilson in Paris durch den dortigen Sondergesandten Bonaventura Cerretti⁴⁴ (1872–1933) in Verbindung setzen. Dabei brachte der Bischof auch öffentlich zum Ausdruck, daß der Papst die von Wilson geforderte Errichtung des Völkerbundes als Friedensinstrument grundsätzlich begrüße.⁴⁵ In diesem Sinne versuchte nun auch Erzberger, den Hl. Stuhl für diese Institution zu gewinnen.⁴⁶

Obwohl die päpstlichen Appelle zugunsten Deutschlands ungehört verhallten,⁴⁷ harrete Cerretti weiterhin in Paris aus, um neue Kontakte zu den Alliierten zu knüpfen – nun allerdings, um bei der Römischen Frage Fortschritte zu erzielen. Tatsächlich kam dieses Problem auf Initiative des amerikanischen Prälaten Francis Kelley⁴⁸ (1870–1948) in Bewegung und man einigte sich am 1. Juni sogar auf die Abtretung eines noch unbestimmten Territoriums als päpstliches Hoheitsgebiet.⁴⁹ Diese Sondierungen und die territorialen Forderungen Cerrettis, die eine Ausdehnung dieses Gebietes von der Leostadt bis zum Tiber vorsahen, wurden jedoch gegenstandslos, da die treibende Kraft der Italiener, der Premierminister Vittorio Emanuele Orlando (1917–1919), wenig später gestürzt wurde und die öffentliche Meinung Italiens diesem Projekt wenig Beifall zollte.⁵⁰ Eine deutsche Un-

⁴² AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 18–22, Gasparri an Pacelli, 21. November 1918.

⁴³ Vgl. Leiber (Anm. 9), S. 205–206.

⁴⁴ Cerretti war zu dieser Zeit Sekretär der Kongregation für die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten.

⁴⁵ Vgl. Köck (Anm. 14), S. 625–626. Bereits im August 1916 hatte Gasparri die Völkerbundidee zur Sicherung einer internationalen Friedensordnung deutlich gutgeheißen: Margiotta Broglio (Anm. 16), S. 52. Der amerikanische Prälat Kelley setzte sich für den Eintritt des Papstes in den Völkerbund ein; Italien werde sich aber dagegen widersetzen, solange zwischen dem italienischen Königreich und dem Vatikan keine Aussöhnung herbeigeführt sei, so Kelley.

⁴⁶ AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 18–22, Erzberger an Pacelli, 21. Januar 1919.

⁴⁷ Vgl. zuletzt: Hildebrand (Anm. 5), S. 384: Die Siegerstaaten blieben unter sich, ohne daß eine neutrale Macht Einfluß in Versailles ausüben konnte.

⁴⁸ Kelley wurde 1924 Bischof von Oklahoma, vgl. de Luca (Anm. 15), S. 207.

⁴⁹ Vgl. Margiotta Broglio (Anm. 16), S. 50–58; V. E. Orlando, *Miei rapporti di governo con la S. Sede*, Milano 1944, S. 129–132. Vgl. auch den Auszug aus dem Tagebuch Cerrettis: ebd., S. 173–180.

⁵⁰ Vgl. de Luca (Anm. 15), S. 222.

terstützung der päpstlichen Position war zwar zu dieser Zeit der politischen und diplomatischen Ohnmacht des Deutschen Reichs nicht denkbar, spielte aber in römischen Zukunftsvisionen sicherlich eine Rolle, da die Behandlung der Römischen Frage immer wieder anderen außenpolitischen Problemfeldern angeschlossen wurde.

Die deutsche Resonanz auf die päpstliche Politik war jedoch nicht einhellig positiv. Irritationen entstanden naturgemäß in der Atmosphäre der allgemeinen außenpolitischen Isolierung und Unsicherheit, nachdem die Alliierten in Paris zusammengetreten waren. Dieser Infekt steckte sowohl das Auswärtige Amt als auch zahlreiche Katholiken und verschiedene Bischöfe an. Auf deutsches Unverständnis stießen beispielsweise die Tatsachen, daß der Papst beim letzten geheimen Konsistorium 1916 keinen Deutschen zum Kardinal ernannt hatte,⁵¹ daß das deutsche Prestigeobjekt im Heiligen Land, die Dormitio in Jerusalem,⁵² belgischen Benediktinern aus Maredsous übergeben und das Deutsche Reich als solches nicht im *Annuario Pontificio* von 1919 aufgeführt wurde,⁵³ da seine Grenzen noch nicht endgültig festgelegt waren. Außerdem warf man Benedikt XV. nach einigen spontanen persönlichen Aussprüchen Frankophilie vor.⁵⁴ Derartige Unterstellungen erhielten weitere Nahrung durch die Tatsache, daß der Papst die einseitig von der französischen Regierung publizierten neuen Bischöfe von Metz und Straßburg bestätigte, ohne daß die deutschstämmigen Vorgänger abgelöst worden waren.⁵⁵ In Deutschland stieß dieses Vorgehen

⁵¹ Die Ernennung Bertrams – eine Kreation „in petto“ – wurde erst nach Kriegsende bekanntgegeben. – Dagegen wurden 3 Franzosen zu Kardinälen kreiert. Erzberger beauftragte von Gerlach im November 1916, den Hl. Stuhl auf die politische Bedeutung und das Unverständnis der Deutschen gegenüber dieser Auswahl aufmerksam zu machen: vgl. Stehlin (Anm. 2), S. 6–7. Die Germania verteidigte am 12. November 1916 die Position des Papstes.

⁵² Kaiser Wilhelm II. stellte anlässlich seines Besuchs im Hl. Land 1898 das Gelände der Dormitio, nach einer Überlieferung der Ort des Heimgangs Mariä, dem Deutschen Verein vom Heiligen Land zur Verfügung. 1901 entstand dort eine Kirche, die 1906 Benediktinern der Beuroner Kongregation übergeben wurde. Der Verein nahm sich des Schutzes der hl. Stätten und der Förderung der Mission in Palästina an: Die deutsche Präsenz sollte ein Gegengewicht zum Einfluß Frankreichs im Hl. Land darstellen, dem das Protektorat über das 1847 wiedererrichtete Lateinische Patriarchat zustand. Vgl. dazu zuletzt: G. Hoffmann, Kaiser Wilhelm II. und der Benediktinerorden, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 106 (1995), S. 363–384, hier: S. 377–379. Zur Gründung der Dormitio auch: E. Gatz, Katholische Auslandsarbeit und deutsche Weltpolitik unter Wilhelm II. Zur Stiftung der Dormitio in Jerusalem (1898), in: Röm. Quartalschrift 73 (1978), S. 23–46.

⁵³ Auch das *Annuario* von 1920 führt nur einzelne deutsche Gliedstaaten auf; die Bezeichnung „Germania“ wird tatsächlich nicht erwähnt.

⁵⁴ AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 24, Pacelli an Gasparri, 4. April 1919.

⁵⁵ Nachdem die beiden deutschen Bischöfe von Straßburg, Adolf Fritzen (1891–1919), und Metz, Willibrord Benzler (1901–1919), unmittelbar nach Ende des Weltkriegs Benedikt XV. ihren Rücktritt angeboten hatten und die französische Regierung unter Annahme der Gültigkeit des Konkordats von 1801 für Elsaß-Lothringen Anfang 1919 in Verhandlungen mit dem Hl. Stuhl eintrat, publizierte Frankreich am 24. April für Metz und Straßburg überraschend zwei Nachfolger, ohne sich vorher deswegen mit

auf Unverständnis, da sich der Hl. Stuhl bisher gegenüber Grenzfragen strikt neutral verhalten hatte. Die Waffenstillstandskommission sprach sich dezidiert gegen diese Neuordnung aus, da das Deutsche Reich noch bis zum Abschluß des Friedensvertrages seine Souveränitätsrechte über Elsaß-Lothringen ausüben konnte.⁵⁶ Die Verstimmung der Reichsregierung über das Vorgehen des Papstes brachte vor allem die Zentrumspartei in arge Bedrängnis. In diesem Moment der heftigen Empörung und Empfindlichkeit gegenüber dem demütigenden Verhalten der Alliierten, insbesondere das der Franzosen, befand sich die Partei in der Zwickmühle der Gefolgschaft.⁵⁷ Es war nicht nur die Enttäuschung darüber, daß der Hl. Stuhl deutsche Katholiken vermeintlich im Stich gelassen habe, sondern das Eingebundensein der Regierungspartei in die nationale Aufgabe, sich in dieser Krisensituation vollständig mit den Interessen der deutschen Außenpolitik zu identifizieren, die die katholische Volkspartei starken inneren Belastungen aussetzte. Die Diskussion über die Politik des Hl. Stuhls wurde außerdem publizistisch geführt. Während beispielsweise der bekannte ultramontane Publizist Friedrich Ritter von Lama die Position des Papstes verteidigte⁵⁸, ging die katholische Gegenseite so weit, von einem „Schisma der deutschen Katholiken“⁵⁹ zu sprechen. Pacelli gab das deutsche Meinungsspektrum präzise nach Rom weiter.

Angesichts dieser innerdeutschen und internationalen Differenzen war es wiederum der Kölner Kardinal von Hartmann, der sich im April mit Kenntnis des Auswärtigen Amtes vermittelnd einschaltete: Um internationalen Haß und Revanchegedanken der Völker zu überwinden, sollte die Vermittlung des Hl. Stuhls zunächst bei der Aussöhnung des deutschen Klerus mit dem der anderen Staaten beginnen. Das Auswärtige Amt entsandte einen Experten zu Pacelli, um diesem wichtigen Anliegen gegenüber der römischen Kurie auch entsprechendes politisches Gewicht zu verleihen.⁶⁰

Während noch bis Anfang Mai einzelne marginale Empfindlichkeiten im Vordergrund der politischen Diskussion standen, traten am 7. Mai die Konsequenzen und das ganze Ausmaß der deutschen Niederlage deutlich zutage, als nämlich die Alliierten in Paris der deutschen Delegation unter Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (1869–1928) das fertige Vertragswerk vorleg-

Rom verständigt zu haben. Der Hl. Stuhl nahm erst im Juli die Demission der beiden deutschstämmigen Bischöfe an. Vgl. dazu: E. Gatz, Benzler, Willibrord, in: ders., Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1785/1803 bis 1945, Berlin 1983, S. 35–38; ders., Fritzen, Adolf, in: ders., Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1785/1803 bis 1945, Berlin 1983, S. 219–221.

⁵⁶ AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 24, Waffenstillstandskommission an Erzberger, 4. Mai 1919. Erzberger gab das Schreiben an Pacelli weiter.

⁵⁷ Vgl. ebd. Es stellte sich die Frage, wie man von seiten der Reichsregierung die Position des Papstes bei der Lösung der Römischen Frage stützen könne, wenn dieser gegen deutsche Interessen handelte.

⁵⁸ Vgl. Augsburg Postzeitung, 4. Mai 1919.

⁵⁹ AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 24, Otto Rudolphi an Pacelli, 7. Mai 1919.

⁶⁰ AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 24, Pacelli an Gasparri, 4. April 1919.

ten.⁶¹ Deutschland wurde lediglich die Möglichkeit eröffnet, sich binnen zweier Wochen schriftlich zu äußern. Neben der Kriegsschuldfrage, den Reparationszahlungen sowie wirtschaftlichen und militärischen Beschränkungen waren die territorialen Bestimmungen die einschneidendsten für Deutschland. Das abgetrennte Memelland wurde zunächst unter französische Besatzung gestellt; der größte Teil Westpreußens und Posens sowie Oberschlesien sollten an Polen fallen, das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei, Elsaß-Lothringen an Frankreich, Moresnet und Eupen-Malmédy an Belgien, das Saargebiet auf 15 Jahre vom Völkerbund verwaltet werden. Die Nordgrenze Deutschlands wurde dem Votum der Bevölkerung entsprechend korrigiert. Wo eine Volksbefragung im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker vorgesehen war, wie im südlichen Ostpreußen, um Marienburg und Marienwerder, Eupen-Malmédy und an der deutschen Nordgrenze, war ihre Auswirkung zum Teil recht fragwürdig, so in Eupen-Malmédy und Nordschleswig.⁶² Danzig wurde zur Freien Stadt erklärt und unter den Schutz des Völkerbundes gestellt.⁶³ Damit verlor Deutschland etwa ein Siebentel seines Territoriums und ein Zehntel seiner Bevölkerung. Insgesamt wurden 1920 5,517 Mio. Personen, von denen 65,7 % (= 3,626 Mio.) katholisch waren, abgetrennt; der Prozentsatz der Katholiken im Reich sank durch diesen Verlust von 36,7 % auf 34 % Prozent;⁶⁴ die Minderheitsposition der deutschen Katholiken verschärfte sich dadurch rein quantitativ.

Nahezu das gesamte Spektrum der deutschen Parteienlandschaft lehnte das demütigende Vertragswerk, das Deutschland bis an die Grenzen seiner Lebensfähigkeit brachte, mit Leidenschaft ab. Reichskanzler Scheidemann erklärte am 12. Mai emphatisch, daß diejenige Hand verdorren müsse, die diesen Gewaltfrieden unterzeichne.⁶⁵ Schon am folgenden Tag wandte sich Erzberger, der der deutschen Delegation in Versailles angehörte, direkt an Benedikt XV., um ihn mit dramatischen Worten zu einer Intervention zu bewegen.⁶⁶ Mit Hilfe seiner Friedenskonzeption auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons, die mit den Vorstellungen des Papstes von Gleichheit und

⁶¹ Vgl. P. Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985, S. 72.

⁶² In Eupen-Malmédy konnte man nur in einer offenen Liste für Deutschland votieren, im Norden ließ die Gemengelage beider Volksgruppen erhebliche Minderheiten auf beiden Seite zurück.

⁶³ Vgl. dazu zuletzt: St. Samerski, *Die Katholische Kirche in der Freien Stadt Danzig 1920–1933. Katholizismus zwischen Libertas und Irredenta* (=Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte 17), Köln/Weimar/Wien 1991, S. 25–27, 43–44.

⁶⁴ Die Abstimmungsgebiete sind bei diesen Zahlen selbstverständlich nicht berücksichtigt. Als Vergleichszahl wurde die Volkszählung vom 1. Dezember 1910 zugrunde gelegt: H. A. Krose, *Kirchliches Handbuch für das katholische Deutschland*, Bd. 9 (1919/20), Freiburg/Br. 1920, S. 37, 354.

⁶⁵ Rede Scheidemanns in der Nationalversammlung: E. Heilfron (Hg.), *Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates*, Bd. 4, Berlin 1919, S. 2646.

⁶⁶ Auch zum folgenden: AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 24, Erzberger an Benedikt XV., 8. Mai 1919.

Gerechtigkeit übereinstimmte, hoffte Erzberger, doch noch ein Eingreifen des katholischen Oberhauptes zugunsten Deutschlands herbeiführen zu können.⁶⁷ Falls die Friedensbedingungen, so Erzberger, die Millionen von Deutschen dazu verurteilten, in Zukunft unter Fremdherrschaft leben zu müssen, nicht modifiziert würden, werde der Friede eine Illusion sein.

Auch zahlreiche deutsche Bischöfe drängten Pacelli, den Papst zum Eingreifen zu bewegen. Der Episkopat hielt die Friedensvorschläge rundweg für unrealisierbar und wie dazu geschaffen, die deutsche Bevölkerung in tiefe Verzweiflung zu stürzen. In auffällig undistanzierter Form gab Pacelli das Votum der Bischöfe am 11. Mai nach Rom weiter.⁶⁸ Auch aus Holland lief Unterstützung für den deutschen Standpunkt ein. Der dortige Internuntius, Sebastiano Nicotra (1918–1921), wies am folgenden Tag auf die desolate Situation in Deutschland hin und beschwor zusätzlich die Gefahr des Bolschewismus. Die niederländische Presse brachte außerdem ihr Bedauern gegenüber den harten Friedensbedingungen zum Ausdruck und unterstützte die deutsche Position eines Wilsonfriedens – andernfalls drohe der Nation der Ruin.⁶⁹

Obleich die Situation der internationalen Diplomatie nach wie vor gegen eine Intervention des Hl. Stuhls sprach und seine erste Demarche erfolglos verlaufen war, verwandte sich Benedikt XV. schon am nächsten Tag nochmals für Deutschland, indem er eine Note an Wilson in Paris richtete.⁷⁰ Wenn der amerikanische Präsident auch nicht der einflußreichste Vertreter auf der Pariser Konferenz war, so doch der einzige, an den sich der Papst ohne möglichen Prestigeverlust und die Gefahr, politisch mißverstanden zu werden, wenden konnte. Wortwahl, Form und Aussage, die jede Art von Vorsicht und Zurückhaltung erkennen lassen, sprechen außerdem für eine eher moralisch als politisch motivierte Aktion des geistlichen Oberhauptes. Ohne für irgendeine Partei Sympathie zu bekunden, so Kardinal-

⁶⁷ Seit September bemühte sich Erzberger, die Friedensidee des Papstes mit einem von ihm begünstigten Wilson-Frieden in Übereinstimmung zu bringen; vgl. dazu: H. Lutz, *I cattolici tedeschi di fronte alla guerra ed alle sue conseguenze*, in: G. Rossini (Hg.), *Benedetto XV, i cattolici e la prima guerra mondiale*, Roma 1963, S. 313–342, hier: S. 330. Die von Erzberger immer wieder betonte deutsch-vatikanische Übereinstimmung über die Grundlage der Friedensbedingungen, die 14 Punkte Wilsons, sind Fiktion. Der Realismus der Kurie räumte den Prinzipien Wilsons tatsächlich keine günstige Wirksamkeit als Ordnungsschema insbesondere für die multinationale Donaumonarchie ein; vgl. F. Engel-Janosi, *Vom Chaos zur Katastrophe. Vatikanische Gespräche 1918 bis 1938*, Wien/München 1971, S. 35–36, 47.

⁶⁸ AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 24, Pacelli an Gasparri, 11. Mai 1919: „Sono pregato da numerati vescovi della Germania di supplicare il Santo Padre ad intervenire onde ottenere una mitigazione delle condizioni di pace proposte alla Germania: condizioni che essi qualificano come irrealizzabili, e tali da gettare nella disperazione l'intera popolazione“.

⁶⁹ AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 24, Nicotra an Gasparri, 12. Mai 1919: „di aver ricevuto una dolorosa impressione nel conoscere le severe condizioni“. Nur ein Friede auf der Basis allgemeinen Rechts und Gerechtigkeit „una nazione può dare senza rovinarsi completamente“.

⁷⁰ Auch zum folgenden: AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 24, Gasparri an House, 13. Mai 1919.

staatssekretär Pietro Gasparri an den Vertrauten und Berater des amerikanischen Präsidenten, Colonel Edward Mandell House, unterstütze der Papst den Appell des deutschen Episkopats⁷¹ und bitte daher Wilson, sich für die Milderung der Friedensbedingungen in Versailles einzusetzen, um eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen. Trotz der immer wieder betonten Neutralität mußte diese Note sachlich unzweifelhaft als ein päpstlicher Schritt zugunsten Deutschlands gewertet werden.

Auch diese Intervention verlief ohne erkennbare Wirkung; House meldete Gasparri nur den Empfang der Note.⁷² Das leicht vorhersehbare Scheitern des Schreibens hatte seine Ursache im geschlossenen Widerstand der Entente, der sich in der zweiten Maihälfte in französischen und italienischen Blättern durch eine gezielte Polemik gegen die Intervention des Papstes entlud. Eine französische Zeitung meldete Ende Mai, daß die Entente keine germanophile Einmischung in Versailles zugelassen habe, insbesondere nicht die des Vatikans.⁷³ Der *Osservatore Romano* trat dieser Deutung sofort entgegen.⁷⁴ Auch die Bitte der deutschen Delegation um Verlängerung der Antwortfrist wurde von den Alliierten abgelehnt, da sie als Versuch Deutschlands ausgelegt wurde, Zeit zu gewinnen, um die wenigen Freunde zu einer Gegenbewegung zu motivieren.

Obwohl Benedikt die ihm gezogenen Grenzen seiner Unparteilichkeit durch seinen Brief an Wilson bereits übertreten hatte, wie Pacelli sehr genau wußte, lieferte der Nuntius in München weiterhin Material und Bittschriften an die Kurie, damit diese sich für die Milderung der deutschen Friedensbedingungen einsetze. Schreiben der bayerischen Bischöfe und des Katholischen Frauenbundes Deutschlands gingen in diese Richtung.⁷⁵ Eine neue diplomatische Taktik brach sich am 19. Mai 1919 Bahn, nachdem Pacelli eine weitere diplomatische Demarche als nicht zum Ziele führend erkannt hatte: Eine Anregung aus katholischen Kreisen aufgreifend, erbat der Nuntius eine öffentliche Äußerung des Papstes über einen Frieden auf der Basis der Gerechtigkeit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker.⁷⁶ Von Anfang an ging es ja der päpstlichen Diplomatie nicht in erster Linie um eine politische Hilfestellung für Deutschland, sondern um die Wiederherstellung und Sicherung des Friedens in der Welt. Als sich Rom jedoch weiterhin passiv verhielt, wurde Pacelli deutlicher. Der Nuntius verwandte für seinen folgenden stark appellativen Bericht in dieser Sache einen Brief Kardinal von Hartmanns, der vom Oberhaupt der Katholischen Kirche eine dezidierte Verurteilung der Ungerechtigkeiten erbat, die dem von Hunger,

⁷¹ Gasparri forderte Pacelli am 14. Mai auf, unverzüglich den deutschen Episkopat in Kenntnis zu setzen, daß der Papst sich im Sinne der Bischöfe bei Wilson verwandt habe: AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 24, Gasparri an Pacelli, 14. Mai 1919.

⁷² AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 24, House an Gasparri, 17. Mai 1919.

⁷³ PA/AA, R 9353, Bericht von Mühlbergs, 27. Mai 1919: Bezug auf „Homme libre“.

⁷⁴ Vgl. ebd.

⁷⁵ AA.EE.SS., St. Ecc., 216, fasc. 24, Pacelli an Gasparri (zu bayer. Bischöfen; Kath. Frauenbund Deutschlands), 19. Mai 1919.

⁷⁶ AA.EE.SS., St. Ecc., 216, fasc. 24, Pacelli an Gasparri, 19. Mai 1919: „ma possibilmente levi la voce con una pubblica manifestazione“.

Krankheit und Arbeitslosigkeit gezeichneten deutschen Volk drohte. Auch das Schreckgespenst des Bolschewismus, die typische Argumentationsfigur Erzbergers, tauchte wieder auf.⁷⁷ Beweglichkeit war allerdings von der Kurie nicht mehr zu erwarten, weil der Spielraum dafür nicht mehr ausreichte. Weitere Interventionen hätten den Papst selbst in die Isolierung geführt. Dies ließ Gasparri den Repräsentanten des Hl. Stuhls in der Schweiz, Luigi Maglione (1918–1926), enttäuscht, aber unmißverständlich wissen.⁷⁸

Es gab jedoch einen Punkt, bei dem päpstliche Bemühungen um Modifizierung nicht Gefahr liefen, religiös-geistliche Bahnen zu verlassen: den Art. 122 in Verbindung mit Art. 438 des Versailler Vertrages, der die deutschen Missionen betraf. Art. 122 sah die Rückkehr der deutschen Missionare in ihr Heimatland vor.⁷⁹ Der Hl. Stuhl befürchtete, daß die Missionsstationen nach ihrem Abzug in nichtkatholische Hände fallen würden. Cerretti konnte mittels der angelsächsischen Teilnehmer der Versailler Konferenz eine Milderung des Artikels durch den Hinweis auf das kanonische Recht erreichen. Dadurch rettete er die Freiheit der katholischen Missionen Deutschlands.⁸⁰

Dagegen hatten die päpstlichen Interventionen zugunsten des deutschen Kaisers Wilhelm II. (1888–1918) keinerlei religiöse Komponente, brachten aber die Haltung der Kurie gegenüber dem Vertragswerk und seinem Zustandekommen auf der Konferenz von Versailles deutlich zum Ausdruck. Die Alliierten verlangten die Auslieferung und Aburteilung des seit November 1918 im niederländischen Exil lebenden Kaisers, um gegen ihn wegen „schwerster Verletzungen des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge“⁸¹ Anklage zu erheben. Neben dem deutschen

⁷⁷ AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 24, von Hartmann an Pacelli, 12. Mai 1919; Pacelli an Gasparri, 23. Mai 1919. Man fragt sich, warum der Nuntius, der sonst derartige Briefe sofort weiterleitete, das Schreiben des Kölner Kardinals erst 11 Tage später weitergab, wenn nicht mit der besonderen eigenen Absicht, den als drastisch zu charakterisierenden Inhalt wirkungsvoll und effektiv zu präsentieren. Kernsatz: „Anche molti dei cattolici tedeschi saranno presi dalla generale disperazione e se non udiranno dal Vicario di Cristo alcuna positiva condanna delle ingiustizie commesse contro il popolo tedesco e che ancor lo minacciano, vacilleranno nella loro fede“.

⁷⁸ AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 24, Gasparri an Maglione, 5. Juni 1919: „è impossibile alla Santa Sede di fare nuovi passi onde invocare una mitigazione delle condizioni di pace, perché in azione in tal senso, mentre non conseguirebbe l'effetto, inasprirebbe vie più la situazione anche nei rapporti della Santa Sede“. Maglione soll sich persönlich mit von Hartmann in Verbindung setzen und die römische Position erklären.

⁷⁹ Vgl. dazu die entsprechenden Friedensbedingungen bei: H. Poeschel (Hg.), Die Kolonialfrage im Frieden von Versailles. Dokumente zu ihrer Behandlung, Berlin 1920, S. 7–14.

⁸⁰ Vgl. vor allem, auf vatikanischen Quellen basierend: V. de Marco, L'intervento della Santa Sede a Versailles in favore delle missioni tedesche, in: G. Rumi (Hg.), Benedetto XV e la pace 1918, Brescia 1990, S. 65–82. Auch: Orlando (Anm. 49), S. 134–135; de Luca (Anm. 15), S. 205–206; Stehlin (Anm. 2), S. 39–40.

⁸¹ Art. 227 des Versailler Vertrags. Vgl. dazu W. Schwengler, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20 (=Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte,

Gesamtepiskopat hatte sich besonders Kardinal von Hartmann seit Anfang Dezember 1918 für die Unantastbarkeit des Kaisers eingesetzt und darauf hingewiesen, daß die Sicherheit des Monarchen in den Händen der niederländischen Regierung liege.⁸² Rom selbst nahm dazu indirekt Stellung. Bereits am 25. Juni 1919 bezeichnete der Osservatore Romano ein mögliches Auslieferungsgesuch der Alliierten als ein unerhörtes Friedenshindernis.⁸³ Der Kardinalstaatssekretär machte nun zugunsten Wilhelms auf italienischer und niederländischer Seite seinen Einfluß geltend.⁸⁴ Noch in den letzten Tagen vor der Unterschrift unter das Pariser Vertragswerk versuchte er, durch Colonel House mäßigend auf die Konferenzteilnehmer einzuwirken.⁸⁵ Gasparri bezeichnete einen Monat später ein solches Auslieferungsbegehren als ein ungeheures Unrecht, einen schweren politischen Fehler und eine Frucht der Gewalt des Hasses.⁸⁶ Aber auch hier konnte der Hl. Stuhl wie auch die deutsche Delegation nichts bewegen.

Die Einwände der Deutschen gegen die Friedensbedingungen waren nur in einem Punkt erfolgreich.⁸⁷ Statt der vorgesehenen Abtrennung Oberschlesiens wurde von seiten der Alliierten eine Volksabstimmung konzediert, die über die Größe des abzutretenden Gebietes entscheiden sollte. Am 16. Juni 1919 wurde dann der endgültige Vertragstext mit einem Ultimatum von fünf, dann von sieben Tagen überreicht. Über die Annahme des Vertrages zerbrach das Kabinett Scheidemann am 20. Juni; der Riß ging quer durch die Regierung und die Fraktionen der Regierungsparteien. Am folgenden Tag bildete Gustav Bauer (1870–1944) auf ähnlicher parlamentarischer Basis ein neues Kabinett mit Erzberger als Vizekanzler und Finanzminister. Die neue Regierung versuchte nun, wenigstens die Kriegsschuldthese (Art. 231) und die Auslieferung der deutschen Heerführer (Art. 227–230) aus dem Vertragswerk auszuklammern. Unter diesen Vorbehalten wurde sie am 22. Juni vom Reichstag zur Unterzeichnung ermächtigt. Als am selben Tag Haniel von Haimhausen dem französischen Premier Georges Clemenceau (1917–1920) die deutsche Antwortnote überbrachte und dieser mit den Worten ablehnte: „Die Zeit für Erörterungen ist vorbei“, blieben noch ganze 24 Stunden bis zum Ablauf der Frist.⁸⁸ Der Hl. Stuhl wurde unverzüglich durch das Auswärtige Amt über alle Schritte informiert.⁸⁹ Angesichts des alliierten Drucks auf Deutschland

Bd. 24), Stuttgart 1982, S. 74–80, 106–116. Die Vermittlung der Kurie wird hier allerdings nicht erwähnt.

⁸² Vgl. Fattorini (Anm. 4), S. 168; Stehlin (Anm. 2), S. 44, hier auch Intervention des Papstes auf englischer Seite. Zum alliierten Auslieferungsantrag an Holland: Schwengler (Anm. 81), S. 81–82.

⁸³ Vgl. Fattorini (Anm. 4), S. 167.

⁸⁴ Vgl. dazu Aktenanhang bei Fattorini (Anm. 4), S. 337–339.

⁸⁵ Vgl. de Marco (Anm. 80), S. 77.

⁸⁶ Vgl. Fattorini (Anm. 4), S. 167.

⁸⁷ Vgl. hierzu: L. Zimmermann, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, Göttingen/Berlin/Frankfurt/M. 1958, S. 59.

⁸⁸ Materialien, betr. die Friedensverhandlungen in Versailles, Bd. 4, Charlottenburg 1919, S. 76.

⁸⁹ Vor allem von Bergen vom Auswärtigen Amt und der preußische Gesandte von

schmolz seine Abstinenz gegenüber weiteren Interventionen dahin. Sowohl der Reichsregierung als auch dem Hl. Stuhl blieben nur noch wenige Stunden. Der Papst setzte sich tatsächlich noch am letzten Tag bei den Entente-Mächten für die Annahme der beiden deutschen Vorbehalte ein, wie Gasparri Maglione in Bern mitteilte.⁹⁰ Vergeblich. Die Deutsche Nationalversammlung ermächtigte schließlich die Regierung in den letzten Stunden vor Ablauf der Frist zur Unterzeichnung, die am 28. Juni 1919 in Versailles stattfand.⁹¹

4. Die römische Reaktion gegenüber dem Vertragswerk

Damit waren alle Bemühungen zugunsten Deutschlands, die der Papst mehrfach trotz außenpolitischer Ungunst bei den Alliierten unternahm, erfolglos verlaufen. Nicht nur, daß dem Vatikan auf italienische Initiative hin die Teilnahme an der Pariser Konferenz verweigert wurde, auch seine Interventionen zugunsten des Völkerrechts und der Gerechtigkeit, die sich größtenteils mit den Vorstellungen Wilsons deckten,⁹² wurden eklatant ignoriert. Die sogenannten Pariser Vorortverträge lösten tatsächlich im Osten und Südosten Europas neue Konflikte und Kriege aus, statt Frieden herzustellen und zu bewahren. Kardinal Gasparri bezeichnete daher auch die durch die Verträge geschaffene Lage in Europa als unhaltbar:⁹³ „Es ist aber ein Gewaltfriede zustande gekommen, und an dessen Festsetzung würde sich der Heilige Stuhl auch dann nicht beteiligt haben, wenn man ihn dazu eingeladen hätte“⁹⁴. Dem Papst war längst bewußt, daß ein Friedensvertrag, der aus französischem Sicherheits- und Revanchegedanken sowie aus alliierten Vergeltungsabsichten hervorgegangen war, nicht nur eine wirtschaftliche, militärische und politische Schwächung Deutschlands im internationalen Staatenkonzert zur Folge hatte, sondern auch innenpolitisch separatistische Tendenzen, Instabilität und Revolutionsneigungen förderte.⁹⁵ Der neue preußische Gesandte beim Hl. Stuhl erfaßte die Situation präzise, als er Anfang 1920 meldete: Der „Päpstliche Stuhl habe nicht das allergeringste Interesse daran, Deutschland zu schwächen oder zu zer-

Mühlberg spielten dem Hl. Stuhl alle Materialien über die Verhandlungen in Versailles und Berlin zu. Sicherlich hatte Pacelli noch andere Informanten. Vgl. dazu: AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 22C.

⁹⁰ AA.EE.SS., St. Ecc. 216, fasc. 24, Gasparri an Maglione, 23. Juni 1919: Pacelli soll benachrichtigt werden, „che la Santa Sede sta attivamente occupando per ottenere da parte dell'Intesa l'accoglimento delle due ultime riserve proteste dalla Germania alla firma del trattato di pace“. Noch bis in den Herbst hinein fochten kuriale und halbkuriale Blätter für die Nichtauslieferung von Kaiser und Heerführern: vgl. Fattorini (Anm. 4), S. 167–168.

⁹¹ Die Antwort der Reichsregierung erfolgte am 23. Juni um 16.40 Uhr. Text: Materialien (Anm. 88), Bd. 9, S. 36.

⁹² Vgl. hierzu: L. Bruti Liberati (Anm. 20), S. 137, 146.

⁹³ Vgl. bes. Engel-Janosi (Anm. 67), S. 35–38.

⁹⁴ Vgl. ebd., S. 35; vgl. auch: Fattorini (Anm. 4), S. 163–166.

⁹⁵ Vgl. Stehlin (Anm. 2), S. 41.

reißen – ganz im Gegenteil. In der Tat habe ich aus zahlreichen Gesprächen und bisherigen Akten der Kurie [die] Überzeugung gewonnen, daß letztere [ein] wiedererstarktes Deutschland wünscht und uns nach Möglichkeit helfen will“⁹⁶.

Die Art und Weise der päpstlichen Unterstützung zugunsten Deutschlands nahm nun wieder andere Formen an. Nachdem die politischen Bemühungen des Hl. Stuhls von den Entente-Mächten brüsk ignoriert wurden, orientierte sich das Schwergewicht seiner Sorge an deutschen humanitären und caritativen Bedürfnissen. Dabei richteten sich seine Appelle nicht nur an die deutsche Öffentlichkeit, sie erreichten auch alliierte Staaten. So wandte sich der Papst an die englische und amerikanische Regierung sowie an die französischen und amerikanischen Bischöfe, um den Hunger in Deutschland zu lindern.⁹⁷ Schon im Frühjahr 1919 bemühte er sich um die Aufhebung der Hungersperre und die Zufuhr von Lebensmitteln nach Deutschland; am 15. Juli rief er die deutschen Bischöfe auf, für eine bessere Verteilung der Lebensmittel aus den ländlichen Gebieten zugunsten der hungerleidenden Städte zu sorgen. Ebenso sollten die Katholiken des Auslands ihren deutschen Mitbrüdern zu Hilfe kommen.⁹⁸ In ähnlicher Weise ermahnte er im Spätsommer 1919 die 63. Generalversammlung der Deutschamerikaner, das Deutsche Reich humanitär zu unterstützen und die Handelsbeziehungen wieder aufzunehmen. Am 28. Dezember wandte sich Benedikt XV. schließlich in einem Spendenaufruf an die ganze katholische Welt, den notleidenden Kindern Mitteleuropas zu helfen.⁹⁹

Aber auch kirchenpolitische Ambitionen brachen sich Bahn – nun aber ausschließlich auf bilateraler Ebene. Immer wichtiger wurde dem Hl. Stuhl der deutsche Partner, mit dem er nun versuchte, geregelte diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Nicht nur ein stetiger Informationsaustausch und die Abwicklung von diplomatischen Geschäften machten den Austausch von Botschaftern notwendig, sondern vor allem die seit 1919 anvisierten Konkordatsverhandlungen, die eine solide und stabile Basis für die deutsch-vatikanischen Beziehungen erforderten.¹⁰⁰ Außerdem nahm die politische Attraktivität des Hl. Stuhls, sein während und durch den Weltkrieg erheblich gewachsenes politisches und moralisches Gewicht, durch die Gründung zahlreicher Vatikangesandtschaften in Rom Gestalt an, unter denen das isolierte Deutschland nicht nachstehen wollte und konnte.¹⁰¹ Der Vatikanreferent im Auswärtigen Amt faßte noch im November 1921 solche Überlegungen mit den Worten zusammen: „Die Kurie sei für uns die

⁹⁶ PA/AA, R 9353, Bericht von Bergens, 9. Februar 1920 (Telegramm Nr. 46).

⁹⁷ Vgl. Fattorini (Anm. 4), S. 88.

⁹⁸ AAS 11 (1919), S. 305–306.

⁹⁹ Vgl. dazu: Leiber (Anm. 9), S. 205.

¹⁰⁰ L. Volk, Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 (=Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 5), Mainz 1972, S. 6; E. Deuerlein, Das Reichskonkordat, Düsseldorf 1956, S. 9–10, 13–14.

¹⁰¹ Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen vgl. Fattorini (Anm. 4), S. 187–199; Stehlin (Anm. 2), S. 23–35; etwas vereinseitigend: K. Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1, Frankfurt/M./Berlin 1986, S. 68–77.

Zentrale im Verkehr mit den feindlichen Ländern“¹⁰². Die römischen Gesandtschaften der Nachbarländer Deutschlands wirkten bereits auf die Kurie ein, um die Neuregelung der kirchlichen Jurisdiktion im Nachkriegseuropa in ihrem Sinne zu beeinflussen.¹⁰³ Aber auch für den Hl. Stuhl war die Ausweitung ihres diplomatischen Aktionsradius nicht nur wünschenswert, sondern sogar ein politisches Erfordernis, um seine Bewegungsfreiheit zu sichern und nach Möglichkeit auszubauen. Mitte November 1919 berichtete die bayerische Gesandtschaft beim Hl. Stuhl von einer Papstaudienz, „daß der Päpstliche Stuhl unter dem Drucke, den die Entente und zumal Frankreich auch noch nach dem Kriege auf ihn auszuüben versucht, leide und es ihm angenehm wäre, einen Rückhalt an Deutschland zu finden“¹⁰⁴. Noch deutlicher brachte Pacelli bereits im April 1918 das Mißfallen der Kurie zum Ausdruck, als er gegenüber dem preußischen Gesandten über die Entente-Mächte klagte, die den Hl. Stuhl „durch maßlose Drohungen und rücksichtslose brutale Preßangriffe“¹⁰⁵ auf ihre politische Linie zwingen wollten.

Aber selbst der Rückkehr der in die Schweiz ausgewichenen Vatikan-gesandtschaften der deutschen Gliedstaaten, die Ende 1919 tatsächlich auf beiderseitigen Wunsch vorgenommen wurde, drohte französische Gegensteuerung. Der bayerische Vatikan-gesandte Otto Frhr. von Ritter zu Groenesteyn (1909–1934) meldete noch im November 1919, daß Frankreich ein Interesse daran habe, die Ratifizierung des Friedensvertrags durch Italien zu verhindern, so daß deutsche Vertreter weiterhin an der Übersiedlung nach Rom gehindert seien.¹⁰⁶

5. Der Völkerbund

Neben stabilen diplomatischen Beziehungen begünstigte der Hl. Stuhl noch ein weiteres wichtiges politisches Instrument zur Sicherung des Friedens und Verbesserung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat: den in Versailles geborenen Völkerbund. Obwohl der Papst dieser Idee Wilsons als theoretischem Konstrukt grundsätzlich positiv gegenüberstand, befürchteten zahlreiche Katholiken von ihrer konkreten Realisierung kirchenfeindli-

¹⁰² Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik: Die Kabinette Wirth I und II, Bd. 1, bearb. von I. Schulze-Bidlingmaier, Boppard/Rh. 1973, Nr. 139 (Protokoll über die Besprechung vom 11. November 1921), S. 388.

¹⁰³ PA/AA, R 9349, Bericht von Ritters, 11. November 1919: „Von allen Seiten drängen jetzt amtliche und nichtamtliche Sendboten aus anderen Ländern in den Vatikan, um bei der Neuregelung der Verhältnisse nach dem Kriege etwas für sich herauszuschlagen“.

¹⁰⁴ Ebd.: „Er habe es offenbar gründlich satt, daß ihm infolge des Krieges in seinen Beziehungen zu anderen Ländern von der Entente so enge Fesseln angelegt worden sind“. Vgl. hierzu auch Stehlin (Anm. 2), S. 23, 42.

¹⁰⁵ Mühlberg nach einer Unterhaltung mit Pacelli: PA/AA, R 9348, Bericht von Mühlbergs, 7. April 1918 (Telegramm Nr. 54).

¹⁰⁶ PA/AA, R 9349, Bericht von Ritters, 11. November 1919.

che Auswirkungen.¹⁰⁷ Im Januar 1919 zirkulierten Gerüchte, daß der Hl. Stuhl, wenn schon nicht als Teilnehmer an der Pariser Friedenskonferenz eingeladen, so doch zu den Beratungen zur Errichtung eines Völkerbundes willkommen sei. Tatsächlich scheint sich aber nur die deutsche Delegation in Versailles dezidiert für eine Mitarbeit des Papstes an diesem supranationalen Unternehmen eingesetzt zu haben.¹⁰⁸ Bei aller Ambivalenz und Differenzierung, die auch in den folgenden Jahren die Haltung des Hl. Stuhls zum Völkerbund bestimmten, galt dieser stets als Instrument zur Konservierung der Pariser Vorortverträge, die in Rom bekanntlich auf negative Resonanz stießen.

Mit der Friedensenzyklika *Pacem Dei munus*¹⁰⁹ vom 23. Mai 1920, die die päpstliche Position und seine Erfahrung im Kontext der Friedenssicherung der ersten Nachkriegsmonate zusammenfassend widerspiegelt, schloß der Hl. Stuhl gewissermaßen die Kriegs- und Konferenzära inhaltlich und programmatisch ab. Zwar hebt die Enzyklika in ihrem letzten Teil die Idee einer Konföderation, der alle Staaten zur Wahrung der internationalen Ordnung und persönlichen Freiheit beitreten sollten, besonders hervor, doch verbieten besondere, vom Papst hervorgehobene Merkmale eine direkte Identifizierung mit dem Völkerbund. Eine solche Konföderation solle nämlich der allgemeinen Notwendigkeit entsprechen, den Frieden durch Abrüstung und Garantie der Unabhängigkeit jedes Volkes sowie der Integrität seines staatlichen Territoriums zu sichern.¹¹⁰

Das Pontifikat Pius' XI. (1922–1939) schien zunächst der Mitarbeit im Völkerbund neuen Aufschwung zu geben. In seiner Antrittsenzyklika *Ubi arcano Dei*¹¹¹ vom 23. Dezember 1922 ließ der Papst erkennen, daß er als höchste geistliche Autorität zur Mitarbeit an jeder internationalen Institution bereit sei. 1925 verdichteten sich internationale Presseberichte, daß der Hl. Stuhl dem Völkerbund in irgendeiner Form beitreten und sich dazu der Unterstützung der katholischen Länder, insbesondere Polens, bedienen wolle.¹¹² Der deutsche Vatikanbotschafter erfuhr aber von Kardinalstaatssekretär Gasparri, daß „für den Heiligen Stuhl [...] der Eintritt in den Völkerbund nicht in Betracht“¹¹³ kam. Auch hinsichtlich Polens schienen die Presseberichte nur geringen Wahrheitsgehalt zu haben, da sich die Kurie

¹⁰⁷ Vgl. Fattorini (Anm. 4), S. 166–167. Vatikanische Gegnerschaft aus politischen Gründen: Stehlin (Anm. 2), S. 42; Köck (Anm. 14), S. 626–627. Der konkrete Völkerbund stand im Verdacht, das Werk des Sozialismus und der internationalen Freimaurerei zu sein.

¹⁰⁸ Vgl. Köck (Anm. 14), S. 627–628.

¹⁰⁹ AAS 12 (1920), S. 209–218.

¹¹⁰ Vgl. ebd., S. 216–217.

¹¹¹ AAS 14 (1922), S. 673–700.

¹¹² PA/AA, R 72376, Bericht von Bergens, 7. Mai 1925. Auch in diplomatischen Kreisen kursierten solche Vermutungen bereits seit längerer Zeit. Einen konkreten Anlaß für solche Erwägungen brachte der Danziger Senatspräsident Heinrich Sahn Anfang Mai 1925 ins Spiel, als er von einer Sitzung des Völkerbundrates zurückkehrte.

¹¹³ Ebd. Zu dieser Einschätzung kam auch der Schweizer Rechtsexperte Montenach aus der polit. Abteilung des Völkerbundsekretariats in Genf: PA/AA, R 72376, Bericht Konsulat Genf, 11. Mai 1925. Vgl. auch Fattorini (Anm. 4), S. 166.

nach Abschluß des Polenkonkordats vom Februar 1925 und den sich daraus ergebenden internationalen Irritationen¹¹⁴ außenpolitische Zurückhaltung auferlegt hatte.¹¹⁵

Eher war nach wie vor die deutsche Seite an einer Beteiligung des Hl. Stuhls an der Arbeit des Völkerbundes interessiert, namentlich die Zentrumspartei;¹¹⁶ und dies zu einem Zeitpunkt, als der deutsche Eintritt in die internationale Organisation unmittelbar bevorstand: Als Konsequenz aus den im Herbst 1925 geschlossenen Verträgen von Locarno wurde Deutschland am 10. September 1926 als neues Mitglied in den Völkerbund aufgenommen. Der Zentrumspolitiker Georg Schreiber (1882–1963), der sich an führender Stelle für die Berücksichtigung katholischer Grundpositionen in der deutschen Außenpolitik einsetzte, brachte vor allem Ostfragen in die Diskussion über einen möglichen Völkerbundbeitritt des Hl. Stuhls ein. Tatkräftige Unterstützung in Rom fand er im geistlichen Konsultor an der deutschen Vatikanbotschaft, Johannes Steinmann (1870–1940) aus Breslau.¹¹⁷ Beide Politiker erörterten die Völkerbundfrage am 8. April 1926 mit Kardinalstaatssekretär Gasparri.¹¹⁸ Dabei stellte sich heraus, daß es zahlreiche Berührungspunkte und Schnittstellen bei jenen kirchlichen Fragen gab, welche die Ostgrenze Deutschlands betrafen. Wenn auch Schreiber und Steinmann bei ihren Gesprächen von einer deutsch-vatikanischen Konsensplattform ausgingen, die in der Realität gar nicht bestand, konnte der Konsultor dennoch festhalten, daß Gasparri Steinmanns Interpretation von Benedikts Deutschlandpolitik, nach der die Kurie alle territorialen Veränderungen, die sich aus dem Vertrag von Versailles ergaben, nur als Provisorium betrachte, ohne Protest hinnahm.¹¹⁹ Immerhin konnte der deutsche Diplomat eine Aussage des Kardinals, der polnische Korridor stelle eine unmögliche territoriale Lösung dar, zu seinen Gunsten anführen.

Aus dem hochrangigen Gespräch wird eines deutlich: Zentrumskreise glaubten sich in ihren Revisionsabsichten gegenüber Polen nach wie vor vom Hl. Stuhl unterstützt. Um diesem politischen Ziel auf internationalem Parkett, das sich nun nach der deutschen Mitgliedschaft im Völkerbund auftat, größeren Nachdruck zu verleihen, sollte auch der Hl. Stuhl in den Genfer Völkerbundpalast als Mitstreiter einziehen. Der vielleicht doch etwas zu undifferenzierten und optimistischen Interpretation Steinmanns entgingen jedoch die Bistumsgründungen in Kattowitz und Danzig, die als

¹¹⁴ Zu den deutschen Protesten gegenüber der im Konkordat behandelten Danzig- und Schlesienfrage: Samerski (Anm. 63), S. 138–149; insgesamt zum Polenkonkordat: Stehlin (Anm. 2), S. 136–138.

¹¹⁵ Zu dieser Einschätzung kam auch Monténach: PA/AA, R 72376, Bericht Konsulat Genf, 11. Mai 1925.

¹¹⁶ Ebd.: „vor allem schienen auf deutscher Zentrumsseite Wünsche engerer Fühlungnahme zwischen Völkerbund und Vatikan zu bestehen“.

¹¹⁷ Vgl. zu Steinmann: St. Samerski, Der geistliche Konsultor der deutschen Botschaft beim Heiligen Stuhl während der Weimarer Republik, in: Röm. Quartalschrift 86 (1991), S. 261–278, hier: S. 268–278.

¹¹⁸ Bericht über eine Unterredung Steinmanns und Schreibers mit Gasparri: PA/AA, R 72376, Bericht der Botschaft Hl. Stuhl, 16. April 1926.

¹¹⁹ Ebd.

eigenständige, von Deutschland abgetrennte Diözesen durchaus Endgültiges schufen.¹²⁰ Der Hl. Stuhl ließ sich politisch nicht ohne weiteres vor den deutschen Karren spannen. Immerhin konnte Schreiber, der wenige Tage später Gasparri direkt auf die Beitrittsfrage ansprach, erfahren, daß der Hl. Stuhl der konkreten Völkerbundidee „nicht mehr so ablehnend gegenüber [stehe] wie in den früheren Jahren“¹²¹, und daß er daher an einen inoffiziellen Beobachter bei der Genfer Organisation denke.

Insgesamt erfüllten sich die deutschen Erwartungen, die man an eine vatikanische Annäherung an den Völkerbund knüpfte, weder faktisch noch politisch. Aber auch auf deutscher Seite reduzierte die Westorientierung der Stresemann-Ära – selbst in Zentrumskreisen – das Interesse an Ostfragen und an einer aktiven Rolle des Hl. Stuhls.¹²² Die internationale Isolation des Deutschen Reiches, die die Römische Kurie in den ersten Nachkriegsjahren zum einzigen politischen Fluchtpunkt werden ließ, war nach Rapallo und der außenpolitischen Anbindung an den Westen längst überwunden.¹²³ Die diplomatischen Beziehungen zum Hl. Stuhl gestalteten sich in den folgenden Jahren rein kirchenpolitisch auf bilateraler Ebene.

Anschriften der Mitarbeiter

- Dr. Detlev Jasper, Monumenta Germaniae Historica, Ludwigstraße 16, 80539 München
 Dr. Christoph Joest, Gnadenthal 14, 65597 Hünfelden
 Dr. Hildegard König, Weilerweg 14, 73732 Esslingen
 Josef Löbl SJ, Obermünsterstraße 10, 93047 Regensburg
 Dr. Stefan Samerski, Römisches Institut der Görres-Gesellschaft, Via della Sagrestia 17,
 I – 00 120 Città del Vaticano
 Stephan Waldhoff, Frankenstraße 12, 32839 Steinheim

¹²⁰ Vgl. dazu: St. Samerski (Anm. 63), S. 153–162; Stehlin (Anm. 2), S. 158.

¹²¹ PA/AA, R 72376, Bericht der Botschaft Hl. Stuhl, 20. April 1926. „Man hat – bei aller Zurückhaltung – an der Kurie offenbar das Gefühl, daß der Völkerbund eine vorwärtsschreitende, werdende Macht ist“.

¹²² Vgl. den Überblick bei: K. Ruppert, Der deutsche Katholizismus im Ringen um eine Standortbestimmung des Reiches nach dem Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 104 (1993), S. 198–229, hier: S. 211–212. Zur vollständigen Unterstützung von Stresemanns Politik vorsichtig bereits: Morsey (Anm. 30), S. 518.

¹²³ Bereits 1923 zeigten sich erste Signale des Umdenkens bei der Zentrumspartei. Das hatte zweifellos auch mit der brutalen Religionspolitik der Sowjetunion zu tun. Vgl. dazu: R. Morsey/K. Ruppert, Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–1925 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Bd. 33), Mainz 1981, S. 455.